



Schlussrede als Präsident des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt

17. Januar 2013

Meine Damen und Herren

Die ersten Schüsse krachen vom Hardhübel her, wo sich einige Baselbieter Kämpfer verschanzt haben. Die Basler unter der Leitung von Oberst Benedikt Vischer haben die Birsfelder Brücke passiert und sind daran, die Strasse nach Muttenz zu beschreiten. Die Baselbieter Truppen unter der Leitung Jakob von Blarers sind noch nicht bereit und lassen, nachdem sie sie beschossen haben, die Städter weiterziehen. Diese marschieren über Muttenz nach Pratteln. Von dort soll es über die höher im Wald gelegene Erli gehen, doch genau von dort her werden die städtischen Truppen beschossen. Oberstleutnant Jakob Burckhardt, Anführer der Basler Standeskompanie, lässt einige Häuser anzünden. Einerseits ist dies eine Repressalie gegen Schüsse, die angeblich aus Pratteler Häusern gefallen sind, andererseits sollen die in der Höhe verschanzten Soldaten dazu gebracht werden, ins Dorf zurückzukehren, um das Feuer zu löschen. Die weithin sichtbaren Rauchsäulen, die aus Pratteln aufsteigen, steigern die Wut der Landschäftler. Von Blarer fordert seine Soldaten auf, keine Gefangenen zu machen. Die Basler rücken nun gegen Frenkendorf zur Hülfenschanze vor. Diese finden sie verlassen vor. Von der benachbarten Anhöhe her geraten sie dann unter massives Feuer. Der Ausgang der Schlacht ist bekannt, die städtischen Truppen müssen sich zurückziehen. Während des Rückzugs erfahren sie die heftigsten Angriffe der ländlichen Truppen. Am Ende des Tages sind sechs Tote und 18 Verletzte bei den Baselbietern, 65 Tote und 113 Verwundete auf basel-städtischer Seite zu beklagen. Wir schreiben den 3. August 1833.

Die Frage nach den Schuldigen ist einfach zu beantworten. Die politisch Verantwortlichen der Stadt hatten auf der ganzen Linie versagt und sich durch eine Mischung von Hochmut und Dummheit ausgezeichnet. Drei Hauptfehler sind auszumachen:

1. Sie hatten in der Verfassung von 1832 der Landschaft keine Vertretung nach Köpfen, sondern nur die Hälfte der Sitze angeboten, so dass die Landschaft angesichts der grösseren Bevölkerung untervertreten gewesen wäre. Die Mediationsverfassung von 1803 hatte den Landschäftlern zwei Drittel der Sitze zugestanden.
2. Sie hatten den Aufrührern und Freischärlern keine Amnestie gewährt, was die Unruhe vergrösserte und vor allem hatten sie
3. den 46 Gemeinden im Baselbiet, die sich nicht begeistert hinter die Verfassung gestellt hatten, die öffentliche Verwaltung entzogen. Die Folge war logisch: die Baselbieter organisierten sich selbst und kämpften für ihre Unabhängigkeit.

Ein Teil der Geschichte, der weniger bekannt ist, ist die Frage der Wiedervereinigung. Die Tagsatzung gewährleistete 1833 die Verfassungen der beiden Halbkantone, aber nur unter dem Vorbehalt der "freiwilligen Wiedervereinigung". Im Jubiläumsjahr 1933 wurde eine Wiedervereinigungsinitiative lanciert. Diese wurde 1936 nicht nur in der Stadt, sondern, nach heftigen Auseinandersetzungen, auch auf der Landschaft angenommen. Der daraus

hervorgehende Wiedervereinigungsartikel erhielt zwei Jahre später eine Mehrheit, wiederum in beiden Halbkantonen. Daraufhin weigerten sich die eidgenössischen Räte aber, den Artikel zu gewährleisten. Sie tragen einen grossen Teil der Verantwortung dafür, dass die beiden Kantone noch nicht vereinigt sind. Gründe für die Ablehnung gab es viele, man fürchtete vor allem einen Präzedenzfall für andere Gebiete, namentlich den Jura. Die Gewährung erfolgte erst 1960, nachdem im Baselbiet wiederum eine Abstimmung voraus gegangen und mit 59 % der Stimmen gut geheissen worden war. 1969 schliesslich wurde in beiden Halbkantonen über eine von einem gemeinsamen Verfassungsrat ausgearbeitete Verfassung abgestimmt. Diese wurde im Baselbiet abgelehnt, vor allem, weil man den Aufbau einer eigenen Infrastruktur bis dahin resolut in Angriff genommen und zu einem guten Teil schon verwirklicht hatte.

Was bringt es uns, auf die Wiedervereinigung zurück zu kommen? Diese Frage kann nur aufgrund einer Analyse der jetzigen Situation beantwortet werden. Diese präsentiert sich vielschichtig. Einerseits arbeiten die Halbkantone sehr gut zusammen mit gemeinsamen Institutionen wie der Universität, dem Theater oder den Fachhochschulen. Der erste Universitätsvertrag kam 1975 zustande und war eine direkte Folge der gescheiterten Abstimmung und der daraus hervorgehenden Partnerschaftsartikel in beiden Verfassungen.

Schwieriger sieht es aus bei den Doppelspurigkeiten in der Verwaltung. Mit grosser Regelmässigkeit werden hier im Grossen Rat Vorstösse eingebracht, die verlangen, man solle ein gewisses Amt in Baselland mit dem entsprechenden Amt in Basel-Stadt zusammen legen. Diese Vorstösse sind gut gemeint, übersehen aber, dass die Rechtslage in beiden Kantonen verschieden ist und dass, solange es so bleibt, nach verschiedenen Gesetzen verwaltet werden muss und ein Zusammenlegung deshalb keine grossen Einsparungen bringen kann.

Wenn wir drittens und letztens die kantonsüberschreitende Gesundheitsplanung anschauen, müssen wir von einer Katastrophe reden. Unzählige Millionen werden in Spitäler verlockt, die den einzigen Zweck haben, als Symbole einer falsch verstandenen Eigenständigkeit zu dienen. Hier wären viele Synergien möglich mit einem Einsparungspotential von vielen dutzenden von Millionen Franken. Es will mir einfach nicht in den Kopf, dass man von Baselland aus nicht für solche Lösungen Hand bietet - im eigenen Interesse notabene. Eine Mehrheit in Regierung und Landrat sperrt sich beharrlich dagegen.

Damit sind wir bei der Verantwortung für die heutige, verfahrenere Situation angelangt. So klar die Schuld für die Ereignisse von 1832 und 1833 bei den Städtern lag, so klar verhindern die Baselbieter Behörden heutzutage bessere Lösungen. Der Grund liegt im Selbstverständnis des Baselbiets. Es definiert sich noch allzu oft gegen die Stadt und nur deshalb ist zu erklären, dass die Hülfenschance immer noch als identitätsstiftendes Symbol für das Baselbiet wahrgenommen wird. Dabei fehlt es am Selbstvertrauen, das sich von den vielen Errungenschaften der letzten 180 Jahren gut nähren könnte.

Wie kann es weitergehen? Im Interesse der Zusammenarbeit und im finanziellen Interesse der beiden Kantone müssen heilige Kühe wie das Bruderholzspital notgeschlachtet werden. Wir müssen eine direktere und intensivere Art der Zusammenarbeit finden. Auch von baselstädtischer Seite her gilt es mit Takt vorzugehen. Im Moment ist es kontraproduktiv, mögliche Eingemeindungen von Baselbieter Gemeinden in die Stadt auch nur anzutönen. Mein Fazit lautet: eine Wiedervereinigung wäre sehr hilfreich, aber eine erfolgreichere Zusammenarbeit ist schon vorher möglich und im Fall einer Ablehnung der Initiative im Baselbiet auch weiterhin möglich.

Wenn ich in letzter Zeit Baselbieter Politiker begegnete, so hörte ich oft, sie seien eigentlich für die Wiedervereinigung, die Situation im Baselbiet sei aber angespannt und sie wollten sich nicht zu fest exponieren. Es könnte meiner Meinung durchaus sein, dass die heimlichen Befürworter

eine knappe Mehrheit bilden. Sie müssten sich untereinander einfach zu erkennen geben. Als Codewort empfehle ich "Rheinhäfen", ein anderes Beispiel erfolgreicher Zusammenarbeit zwischen den Halbkantonen.

Auch wenn wir im Moment nicht richtig vom Fleck kommen, ist der regelmässige Kontakt mit den Baselbieter Kolleginnen und Kollegen äusserst angenehm und durchaus nicht frei von Humor. Als es am Ende des Festes zu Ehren des Landratspräsidenten Urs Hess in Pratteln hiess, das Dessert müsse zu Gunsten eines Vereins selber bezahlt werden, kaufte Nationalrat Eric Nussbaumer zwei Kuchenstücke und übergab mir eines mit den Worten "... für den Lastenausgleich". Worauf ich erwiderte, dass wir eigentlich schon zufrieden seien, wenn sie ihr Stück vom Kuchen selbst bezahlen. Worauf Eric Nussbaumer mir das Stück theatralisch wieder nahm. Am Schluss assen wir alle friedlich unseren Kuchen und sangen dann gemeinsam das Baselbieter Lied.

Meine Damen und Herren, es bleibt mir zu danken für ein reiches Jahr, reich an Begegnungen, reich an Erfahrungen und reich an Emotionen. Dieser Dank geht an meine Familie, allen voran meine Frau Sibylle, an Thomas Dähler, den äusserst umsichtigen Leiter des Parlamentsdienstes, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Dienstes und an Sie alle, die mich stark unterstützt haben. Last but not least danke ich Herrn Erziehungsdirektor Eymann für die Entlastung. Diesen Dank entbot ich schon letztes Jahr und einige Ratsmitglieder dachten, er würde nun einen Teil meiner Stunden halten. Das war nicht der Fall, aber er hat mir auf grosszügige Weise den Rücken frei gehalten, wie auch der Rektor des Wirtschaftsgymnasiums Pat Langloh.

Für die Partnerschaft zwischen Baselland und Basel-Stadt gilt dasselbe wie für jede Partnerschaft: man muss loslassen können, man kann nicht alles selbst bestimmen, man muss zu Kompromissen bereit sein. In diesem Sinne wünsche ich uns viel Erfolg!